

# Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier AfD**

vom 07.08.2019

- mit Drucklegung -

## **Folgen der dauerhaften Missachtung der verfassungsmäßigen Grundordnung: Abkehr von Recht und Gesetz, Ansehensverlust des Staates und notwendiger Schutz staatlicher Organe (Teil 2)**

Infolge der seit 2015 anhaltenden Missachtung des Grundgesetzes durch die Bundesregierung und der von ihr dazu angewiesenen staatlichen Institutionen kommt es rechtsphilosophisch gesehen auf Dauer zu einer Schwächung des Rechts und damit der staatlichen Ordnung. Die Bayerische Staatsregierung selbst hat von einer "Herrschaft des Unrechts" gesprochen, stützt jedoch weiterhin die Politik der offenen Grenzen und unternimmt nichts, um das Vertrauen in die staatlichen Institutionen wiederherzustellen. Außerdem beteiligen sich die Staatsregierung und die sie stützenden Parteien an der Aushöhlung der demokratischen Institutionen, indem sie beim Volksbegehren "Artenschutz" durch Vergleichsverhandlungen und ein unmittelbar den Inhalt des Gesetzentwurfs des Volksbegehrens erheblich veränderndes "Versöhnungsgesetz" einen Grundpfeiler der Bayerischen Verfassung, die Volksgesetzgebung, entwerten und aufheben möchten. Ein weiteres Beispiel für die Erosion des Rechts und damit der staatlichen Ordnung ist die offen von Politikern und beamteten Lehrkräften unterstützte und vom Staat nicht sanktionierte Teilnahme von Schülern an den freitäglichen Klimademonstrationen während der Unterrichtszeit, was einer staatlich gebilligten Aufhebung der Schulpflicht gleichkommt. Die staatliche Aufgabe der politischen Bildung wird damit untergraben und dauerhaft in falsche Bahnen gelenkt, weil die sogenannten Aktivisten der Demonstrationen eine moralische Aufwertung zu Lasten demokratisch legitimer Grundsätze und Regeln erfahren. Die in ganz Deutschland, aber auch in Bayern sich häufenden Angriffe auf Rettungskräfte, Schlägereien von Jugendlichen in Schwimmbädern und zuletzt die versuchte Erstürmung der Polizeiwache in Starnberg durch eine größere Gruppe junger Menschen zeigen einen Werteverlust, der in Zukunft das friedliche Zusammenleben und die Demokratie gefährden könnte. Diese Entwicklungen sind für grundgesetztreue Demokraten Anlass zu ernster Sorge.

Wir fragen die Staatsregierung:

### 1. Schutz staatlicher Organe in Bayern

1.1. Wie stuft die Staatsregierung die Sicherheitslage in den Gebäuden der Bayerischen Staatsorgane (Landtag, Staatsregierung, Verfassungsgerichtshof) ein?

1.2. Plant die Staatsregierung angesichts einer zunehmend unüberschaubar werdenden Sicherheitslage Schutzmaßnahmen für die Gebäude staatlicher Organe (analog zur geplanten Errichtung eines Wassergrabens um den Berliner Reichstag)? (bitte genau erläutern)

### 2. Schutz von Polizeiwachen

2.1. Wie bewertet die Staatsregierung die Sicherheit der Polizeiwachen in Bayern? (bitte auf die aktuelle Sicherheitslage sowie auf die erwarteten Veränderungen in den nächsten fünf Jahren eingehen)

2.2. Welche gebäudetechnischen Maßnahmen zum Schutz der Polizeiwachen und der darin

stationierten Polizeikräfte wurden in den letzten 25 Jahren bereits umgesetzt? (bitte die einzelnen Maßnahmen nach Bezirken nennen und die Gründe für die Verstärkung angeben)

2.3. Welche Maßnahmen zum Schutz der Polizeiwachen und der darin stationierten Polizeikräfte sieht die Staatsregierung als erforderlich an, um in Zukunft Angriffe von außen abwehren zu können?